

## Editorial

# Kontroverse Perspektiven auf wissenschaftliche Weiterbildung

*Peter Faulstich*

Die Debatte um „wissenschaftliche Weiterbildung“ ist erfreulich kontrovers: erfreulich deshalb, weil dies ein Signal dafür ist, dass sich etwas bewegt. Nachdem lange Zeit die Hochschulbeteiligung an der Weiterbildung wenig voranzukommen schien, sind seit der von 29 europäischen Bildungsministern 1999 unterzeichneten Bologna-Erklärung zur Schaffung eines einheitlichen Hochschulraums bis 2010 erhebliche Turbulenzen entstanden.

Wenn man die jüngere Entwicklung der Diskussion nachvollzieht, so wurden die Weiterbildungsträger in Deutschland zunächst aufgeschreckt durch das Hochschulrahmengesetz von 1976, in dem die Weiterbildung als Aufgabe der Hochschulen festgelegt wurde. Man fürchtete die Stärke der Universitäten als „Platzhirsche“ im Bildungssystem und argwöhnte, die Grenzen der eigenen Reviere könnten verletzt werden.

Allerdings hat sich schnell herausgestellt, dass die Hochschulen aus dem Stand und wegen der Priorität anderer Aufgaben – besonders der Überlast im grundständigen Studium – gar nicht in der Lage waren, das mögliche Feld der Aktivitäten auszufüllen.

Insofern lag der Schwerpunkt im Spektrum der KuK-Diskussion (Konkurrenz und Kooperation) zunächst deutlich auf der allseits akzeptierten und beruhigenden Kooperationsformel, und Möglichkeiten der Zusammenarbeit wurden betont. Was keineswegs dazu führte, dass tatsächlich nach gemeinsamen Wegen gesucht wurde, sondern alle Akteure und Institutionen verfolgten ihre besonderen Pfade.

In den Hochschulen haben die zentralen Einrichtungen zwar eine Randrolle eingenommen. Nichtsdestoweniger ist ein beachtenswertes Aktivitätspotential aufgebaut worden. In der letzten Zeit wurde dann deutlich, dass eigenständige Hochschulangebote in der Weiterbildung meist ohne Zusammenarbeit mit den Erwachsenenbildungsträgern, sondern direkt mit Unternehmen und Verwaltungen aufgebaut worden sind.

Die Vereinbarungen und Stellungnahmen mit den Unternehmerverbänden sind lange und ausführlich erarbeitet worden. Demgegenüber ist die gemeinsame Stel-

lungnahme „Hochschule und Volkshochschule als Kooperationspartner“ (in diesem Heft) eher knapp und vage ausgefallen. Die Kooperationsfelder Fremdsprachen, Durchlässigkeit sowie „Zielgruppenprogramme und öffentliche Wissenschaft“ beziehen sich auf Aktivitäten, die gerade in den Universitäten sowieso nicht besonders beliebt sind.

Diese Abfolge auf Seiten der Weiterbildungsträger – aufgeschreckt, beruhigt und neu verunsichert zu sein – als Reaktion auf die Weiterbildungsbemühungen der Hochschulen spiegelt sich auch im vorliegenden Heft. Es kommen Vertreter der Hochschulen zu Wort. Am deutlichsten wird die Bezogenheit auf die Institutionen in dem Beitrag von Helmut Vogt und in dem dadurch provozierten Zwischenruf durch die Vertreter des Hessischen Volkshochschulverbandes.

Nach einem Überblick über das Problemspektrum werden die Aktivitäten der Hochschule in den internationalen Horizont gestellt (Beitrag *Anke Hanft u. a.* in diesem Heft). Im Zentrum der Hochschulentwicklung stehen die Master-Studien mit ihren verschiedenen Ausprägungen. Noch sind diese Veränderungen der Studienprofile nicht abgeschlossen. Falls – was durchaus droht – die Gebührenfreiheit beschränkt wird auf die Bachelor-Ebene und die Masterangebote der Weiterbildung zugeschlagen werden, ist ein boom in diesem Feld absehbar. Dann geraten andere Formate, vor allem auch solche die sich um „Öffentliche Wissenschaft“ bemühen, unter Druck (Beitrag *Bernhard Christmann*).

Vor allem gilt dies dann, wenn die Institutionalisierungsformen weiter ungeklärt sind (Beitrag *Rita Meyer*). Das betrifft z. B. auch das Senioren-Studium. Hier haben sowohl die Volkshochschulen als auch die Hochschulen ein angesichts der demographischen Tendenzen zunehmend wichtiger werdendes „Geschäftsfeld“ aufgebaut. Der Kampf um die Claims treibt daher gerade hier in Konkurrenz, die aber nicht offen thematisiert wird. Auch innerhalb der Hochschulen gibt es dazu unterschiedliche Strategien (Beiträge *Beate Hörr* und *Günther Böhmé*).

Vergessen wird oft, dass, um Bildungsarbeit mit Erwachsenen zu betreiben, auch die Qualität der Programme und die Kompetenz des Personals gesichert werden muss (Beitrag *Ulla Klingovsky*). Ohne entsprechende Professionalität des Personals werden Enttäuschungen voraussehbar, welche das Interesse an Aktivitäten der Hochschulen eher einschränken.

Es ist deshalb sinnvoll sich aus der KuK-Falle zu befreien. Wenn das gemeinsame Interesse der Beteiligten sich darauf konzentriert, angemessene Lernmöglichkeiten für ein breites Adressatenspektrum bereitzustellen, muss und darf das jeweilige institutionelle Profil nicht aufgegeben werden. Keine Institution wird sich das Etikett anhängen lassen, „unwissenschaftliche“ Weiterbildung zu betreiben. Für die Hochschulen gilt – trotz aller Einschränkungen – ein enger Forschungsbezug. Dies zu öffnen für Adressen, die nicht „normale Studenten“ sind, bleibt ihre zunehmend wichtiger werdende Aufgabe.